1+2/2020

schulnotizen

Positionen zu Schule, Bildung und Gesellschaft

SLV: Am Gufel 1, 6706 Bürs; Druckerei Wenin, Dornbirn; Verlagspostamt Hohenems, P.b.b. GZ 02Z033923 M

- **Unterrichten in der Coronakrise**
- **Homeoffice und Distance Learning**
- **Verordnetes Chaos**
- **Wer finanziert die Folgen der Krise?**

Freie LehrerInnen
FSG - Unabhängige - SLV - VLI

Liebe Kollegin,
lieber Kollege,

in dieser Ausgabe haben wir zwei Schwerpunkte: Corona & Schule sowie das Sparpaket der Landesregierung für die Vorarlberger Pflichtschulen.

Kurz vor Redaktionsschluss trudelte dann noch die Information herein, dass die ÖVP und die Grünen im Vorarlberger Landtag einen Antrag an die Bundesregierung stellen wollen, in dem sie diese auffordern, die VS-Ausbildung zu kürzen, um damit dem Lehrer*innenmangel entgegenzutreten. Weshalb die Vorarlberger Landesregierung einer Kürzung der VS-Ausbildung das Wort redet, kann nur vermutet werden. Wir denken, dass die schwarz/türkise Personalvertretung und christliche Lehrer*innengewerkschaft (FCG) als Einflüsterer tätig waren, die auch österreichweit diese Forderung forcieren.

Wir von den Freien Lehrer*innen sehen dies sehr kritisch, denn einseitig bei der VS-Lehrer*innenausbildung zu kürzen, bedeutet in unserem Gehaltsschema auch eine Kürzung des Gehaltes. Die Stoßrichtung müsste völlig in die andere Richtung gehen, nämlich eine Attraktivitätssteigerung durch ein höheres Gehalt für die Volksschullehrer*innen. Alleine die Einführung der Fächerzuwendung (wie bei den Mittelschullehrer*innen) würde eine monatliche Gehaltserhöhung von rund 300 Euro bedeuten (siehe dazu auch den Bericht in „Querbeet“). Wie beim Sparpaket wird auch mit dieser Idee ein falscher Weg beschritten, der schlussendlich zu weniger Qualität führt. Die Landesregierung, die in diesem Bereich durch jahrelanges Nichtstun geglänzt hat, soll endlich dafür sorgen, dass der Lehrer*innenberuf in Vorarlberg attraktiver wird.

Manchmal gibt es Momente, in denen wir Personalvertreter*innen auf den Stockzähnen schmunzeln. Etwa, wenn wir Beschwerdebriefe, die an die Schullandesrätin gerichtet sind, als CC-Mails erhalten. Dann wissen wir ganz genau, dass emsiges Treiben im Landhaus angesagt ist. Dass die Personalvertretung auf diesem Wege ebenfalls über diverse Vorhaben Kenntnis erlangt hat, wird nicht gern gesehen, denn das erhöht natürlich den Druck, eine Lösung zu finden. Die „lästigen“ Gewerkschafter*innen und Personalvertreter*innen sind ja bekannt dafür, notfalls an die Öffentlichkeit zu gehen …

Mit kollegialen Grüßen
Gerhard Unterkofler
Willi Witzemann

Inhalt

3 Garys Nadelstiche
4 Willis Rundschau
6 Kommentare von Eva Hammerer und Manuela Auer
7 Kommentare von Thomas Bulant und Hannes Nöbl
8 Digitalisierung braucht das Land
9 Rechtslage: Sie fragen - wir antworten
10 Schulservice: letzte Ferienwoche, Lehrer*innen im PD
11 Schulservice: Lohnsteuer
12 Querbeet
15 Distance learning
16 Schulalltag in der Covid-19-Zeit
17 Grundforderungen der Direktoreninitiative
18 Analyse der Corona-Krise
19 Kommentar von Alexandra Loser

Impressum

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:
Sozialistischer Lehrer*innen Verein Vorarlberg, Vorsitzende: Evelyn Bitschnau-Steurer, Am Gufel 1, 6706 Bürs

Verantwortliche Redakteure:
Gerhard Unterkofler, Willi Witzemann

Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe:
Manuela Auer, Thomas Bulant, Dominik Dalfollo, Bernd Dragosits, Alexander Frick, Eva Hammerer, Ursula Holzer, Severin Holzknecht, Alexandra Loser, Catherine Muther, Hannes Nöbl

Layout: Franz Bickel
Druck und Herstellung:
Druckerei Wenin, Dornbirn

Die **schulnotizen** sind ein Diskussionsorgan. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht vollinhaltlich der Blattlinie bzw. der Meinung der Freien Lehrer*innen entsprechen.

E-Mail: schulnotizen@hotmail.com
Homepage: www.freielehrer.at
Facebook: Freie LehrerInnen

Garys Nadelstiche

Gerhard Unterkofler, Vors. Vbg. PflichtschullehrerInnengewerkschaft (unterkofler.gerhard@aon.at)

Informationspolitik

Natürlich kann man die Informationspolitik des Bildungsministeriums kritisieren. Seltsam, dass viele Informationen am Freitagnachmittag oder Samstagmorgen in den Schulen eintrudeln und teilweise innerhalb weniger Tage erledigt werden sollten. Viele Neuerungen erfahren wir außerdem erst aus Pressekonferenzen, wobei sogar die Presseaussendungen nicht immer den Äußerungen des Ministers entsprechen und die einige Tage später verschickte Verordnung wiederum anders ausschaut, als es der Öffentlichkeit zuvor kommuniziert wurde.

„Weder im Bund noch im Land gibt es dabei ein Interesse, die Sozialpartner in wirkliche Verhandlungen miteinzubeziehen."

Weder im Bund noch im Land gibt es dabei ein Interesse, die Sozialpartner in wirkliche Verhandlungen miteinzubeziehen. So auch geschehen bei der Erarbeitung der Sparmaßnahmen an Vorarlbergs Schulen. Unter größter Geheimhaltung gab es wenige Scheingespräche, bei der die Kritik der Direktor*innen und Personalvertretung an den Kürzungen zur Kenntnis genommen wurde. Als die ÖVP bemerkte, dass die Medien und die politische Opposition Wind davon bekommen hatten, wurde die Personalvertretung überhastet vorgeladen und das definitive Sparpaket präsentiert.

Bankrotterklärung der Vorarlberger Bildungspolitik

Sparmaßnahmen im Vorarlberger Bildungsbudget der Öffentlichkeit und den Pädagog*innen unter dem Deckmantel „Verringerung des Lehrer*innenmangels" zu verkaufen, ist im höchsten Maße unredlich und plumpe Trickserei. Natürlich bedeutet eine Einsparung beim Stundenkontingent einen geringeren Lehrer*innenmangel. Doch darum geht es ja gar nicht, denn in Wirklichkeit soll im Ländle bei der Bildung gespart werden. Dies bedeutet aber auch – und das verschweigt die Politik – eine Qualitätsminderung.

Wer den Mangel an Pädagog*innen an den Pflichtschulen wirklich beseitigen will, sollte endlich an den Rädern des Gehalts, des Supportpersonals, des Ausbildungsangebots an der PH, der überbordenden Administration und der öffentlichen Wertschätzung drehen.

Bis vor kurzem war Vorarlberg ein Land, in dem man versuchte, durch zusätzliches Geld die Versäumnisse der Bundespolitik wettzumachen. Das war unter Siegi Stemer so und auch unter Bernadette Mennel. Und bis zu den Wahlen warben auch Schullandesrätin Schöbi-Fink und die ÖVP mit dem Volksschulpaket und den zusätzlichen Vorarlberger Ressourcen landauf, landab um Stimmen. Jetzt nach den Wahlen will die Landesregierung nichts mehr davon wissen und griff zum Sparstift (minus 4 Prozent und Streichung der administrativen Entlastung), bekam von der Opposition, der PV, der Gewerkschaft und sogar vom grünen Koalitionspartner eine mediale Ohrfeige verabreicht. Zurückrudern war angesagt, doch ein Sparpaket von zwei Prozent blieb übrig.

Solche Sparmaßnahmen und öffentliche Schlagzeilen dienen mit Sicherheit nicht der Motivation der Pädagog*innen und schrecken Maturant*innen wohl eher ab, diesen gesellschaftlich wichtigen Beruf zu ergreifen.

Neu! Die Kürzungen sollen auf Antrag wieder an die Schulen zurückfließen. Das klingt nach zusätzlicher Arbeit!

Bildungsdirektion nicht ohne Schuld

Die Bildungsdirektion kann man da nicht ganz von der Kritik ausnehmen. Sie hat zwar den Auftrag zum Sparen von der Politik erhalten, aber es waren die Beamt*innen, die der unbedarften Schullandesrätin Schöbi-Fink das Sparpaket vorgeschlagen haben. Und sie übernahm es kritiklos und erntete die öffentliche Empörung. Ähnlich erging es auch ihrer Vorgängerin Bernadette Mennel, als ihr die Mitarbeiter der

„Es waren die Beamt*innen, die der unbedarften Schullandesrätin Schöbi-Fink das Sparpaket vorgeschlagen haben."

damaligen Schulabteilung erklärten, dass Vorarlberg eigentlich keinen Lehrer*innenmangel habe, wenn man mit den Stunden vom Bund zufrieden wäre. Und auch Mennel übernahm diese Argumentation und erklärte in den Medien, dass wir eigentlich keinen Lehrer*innenmangel hätten. Auch sie erntete heftige Kritik dafür.

Was lernen wir daraus? Die Politiker*innen sollten wenigstens ein Mindestmaß an Ahnung von ihrem Ressort haben, um nicht alles glauben zu müssen, was sie vorgesetzt bekommen.

Tagebuch eines inszenierten Chaos‘

ZA-Vorsitzender Willi Witzemann (witzewilli@hotmail.com)

Wir schreiben den 7. Februar 2020. Auf Einladung der Bildungslandesrätin findet im Landhaus eine Besprechung zum Thema „Maßnahmenplan zur effizienteren Nutzung der vorhandenen Personalressourcen im Pflichtschulbereich“ statt. In den bereitgestellten Besprechungsunterlagen finden sich unter anderem die „erklärten Ziele der Bildungslandesrätin“:

1. Unterstützung der Schulleitung
2. Maßnahmen gegen Lehrerengpass
3. Effiziente Nutzung der vorhandenen Ressourcen

Weiters liest man in den Unterlagen, dass zur Entlastung der Schulleitungen ein „Schulleiter*innen-Paket“ geschnürt werden soll. Darin sind wiederum drei Hauptpunkte vermerkt:

- Notfallnummer
- Mentor*in für junge Leiter*innen und
- Erhöhung der administrativen Entlastungsstunden

Bezüglich der Maßnahmen gegen den Lehrer*innenengpass wurden Vorschläge präsentiert, die in einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertreter*innen der Bildungsdirektion, der Personalvertretung und der Schulleitungen, diskutiert werden sollten.
Bei diesem Treffen wurden in sehr konstruktiven Diskussionen Argumente und Ideen ausgetauscht. Beim verfassten Protokoll stand aber leider ganz groß „VERTRAULICH!“
Warum durften die Vorschläge nicht mit den Kolleg*innen diskutiert werden? Und ja, wo bleibt der Vorschlag der Arbeitsgruppe? Auf dem Papier unauffindbar.

„Beim verfassten Protokoll stand leider ganz groß ‚VERTRAULICH!‘ Warum durften die Vorschläge nicht mit den Kolleg*innen diskutiert werden?“

Fast drei Monate später und in den Wirren des Homeschoolings platzt dann die Bombe und alles geht ganz schnell:
Am letzten Arbeitstag der Woche (30.4.) erhalte ich eine Einladung ins Landhaus für den folgenden Montag (4.5.). Dort präsentierten die Spitzen der Bildungsdirektion mit der Landesrätin die geforderten Einsparmaßnahmen von 4 % vom Stun-

denkontingent. Es gibt diesmal keine Handreichung. Die Bedenken der Personalvertretung wurden zur Kenntnis genommen. Wenige Stunden später befand sich dann schon ein Mail in allen Schulcomputern mit der schriftlichen Aufforderung an die Schulleiter*innen, einen Abschlag von 4 % bei den Stundenressourcen zu berücksichtigen.
Das Schreiben datierte mit 30. April. Hallo! Das bedeutet, dass alles schon fix fertig geplant war, als wir zu diesem Gespräch am 4. Mai eingeladen wurden.

Der Aufschrei und die Empörung waren riesig. Dutzende Protestmails und Telefonate erreichten uns, die Bildungsdirektion und die Landesregierung. In einem Schreiben an die Landesstatthalterin und die Landtagsparteien forderte die Lehrer*innen-Personalvertretung die sofortige Rücknahme der Maßnahmen.

„In einem Schreiben an die Landesstatthalterin und die Landtagsparteien forderte die Lehrer*innen-Personalvertretung die sofortige Rücknahme der Maßnahmen.“

All das hatte Folgen: Bereits am nächsten Tag flatterte ein Schreiben der „Präsidiale 3“ in die Direktionen mit einer Entschuldigung und der Berichtigung, dass nun doch „nur“ 2 % Einsparungen zu machen seien. Doch damit ließen sich die Wogen nicht mehr glätten, auch wenn die Bildungslandesrätin versuchte, in einem Interview alles schönzureden.

Am nächsten Tag folgte dann wiederum eine Berichtigung: Die administrativen Entlastungen würden vorerst nicht gekürzt werden. Ein sichtlich gezeichneter Pädagogischer Leiter entschuldigte sich vor laufenden Kameras nochmals bei den Pädagog*innen. Und was meinte die Landesrätin dazu? In einem Interview mit der NEUEN erklärte die politisch Verantwortliche, dass der Vorschlag zu den Kürzungen aus der Bildungsdirektion gekommen sei und sie diesen nicht gerne akzeptiert habe! Der armen Frau bleibt auch nichts erspart!

Gefallen um jeden Preis?

Mit der Aussage von Bildungsminister Faßmann auf Ö1, wonach die Lehrer*innen an den schulau-

tonomen Tagen zu unterrichten hätten, zeigte der Minister, dass er von der gesetzlichen Lage keine Ahnung hat. Natürlich musste hier die Personalvertretung und die Lehrer*innengewerkschaft Stellung beziehen, denn diese Vorgangsweise wäre eindeutig rechtswidrig gewesen! Der Herr Minister hätte zwar ein neues Gesetz beschließen lassen können, doch das tat er nicht. Eine Woche später – wieder am Wochenende – erreichte ein Beruhigungsschreiben die Lehrerschaft, welches auch von drei Lehrer*innengewerkschaftern unterschrieben war. So wie das Schreiben gehalten wurde, fassten es viele Kolleg*innen als „freiwillige Verpflichtung" auf, an den Fenstertagen zu unterrichten. Der Unmut kochte abermals hoch.

„Selbst Lehrer*innen, die bereit waren, an den beiden Freitagen zu unterrichten, erregten sich über die Forderung Faßmanns."

Dies führte auch zu vielen gegensätzlichen Meinungen in der Kollegenschaft. Selbst Lehrer*innen, die bereit waren, an den beiden Freitagen zu unterrichten, erregten sich über die Forderung Faßmanns. Wer weiß, was nicht alles noch am Minoritenplatz vorbereitet wurde oder wird?
Die mögliche Zerstörung des überaus positiven Meinungsbildes der Bevölkerung von den Lehrer*innen im Zuge des Distance-Learning stand gegen rechtliche Bedenken.

Die Entscheidungen sind längst gefallen, jedoch haben mich auch die vielen Telefonate nachdenklich gemacht: Selbst Kollege*innen, die längst in der Pension sind, fanden es so schade, dass nun wieder gegen die Lehrerschaft gewettert werde, weil sie diese zwei Tage nicht freiwillig Unterricht machen wollten.

„Wir haben eh bald wieder zwei Monate Ferien und da kann man doch wohl noch diese zwei Tage unentgeltlich arbeiten. Das wird die Bevölkerung honorieren und uns dafür wertschätzen!" Es ging ein tiefer Graben durch die Kollegenschaft.

Vor über 35 Jahren sagte mein damaliger Chef zu mir: „Du musst damit umgehen lernen, dass die Leute immer über die Lehrer*innen schimpfen bzw. sich über uns lustig machen werden. Lediglich die Eltern unserer Schüler*innen kennen und schätzen unsere Arbeit." Natürlich hat man immer Argumente bereit, um dagegenzuhalten, aber irgendwann ist dies müßig und man verzichtet lieber. Muss man wirklich ALLES tun, um zu gefallen und Anerkennung zu bekommen?

Eine Kollegin schrieb: "Keine Berufsgruppe muss Mehrarbeit ohne zusätzliche Bezahlung machen. Und bei den Lehrer*innen wird von Ausgleich gesprochen, so als ob wir beim Homeschooling nichts getan hätten. Ich bin empört über dieses degradierende Zeichen der Regierung! Corona hin oder her, auch wir haben Anspruch auf unsere Rechte, so wie jede andere Berufsgruppe auch!"

Viele Kolleg*innen arbeiteten weit über ihre Grenzen hinaus und dafür zollen wir allen Dank und Respekt. Es hat hier keine Häme Platz, wenn man sich für die Einhaltung der Gesetze einsetzt. Ein Kollege schrieb mir: "Wenn wir Lehrer*innen selber denken, dass wir zu viel frei haben und zu viel Geld verdienen, dann haben wir die Einstellungen unserer Neider übernommen! So wird unser Image sicher nicht besser! Wir sollen nicht um Anerkennung betteln - im Sinne von: Schaut her, wir sind doch auch fleißig, selbstverständlich arbeiten wir an freien Tagen oder in den Ferien!" Wo bleibt da unsere Selbstachtung?

LEHRER*INNEN-APP

Neue Service-App für Vorarlberger Pflichtschullehrer*innen

- von Pädagog*innen für
- Pädagog*innen
- kostenlos
- übersichtlich strukturiert
- mit Push- und Chatfunktion
- laufende Erweiterungen mit Infos für den Schulalltag

Schulrelevante Themen schnell und griffbereit

Newscenter (wöchentliche Infos)
- o Rechtsfrage der Woche
- o Unterrichtstipps
- o Mittwochsinfos
- o Bildungspolitik
- o Veranstaltungen
- o und vieles mehr

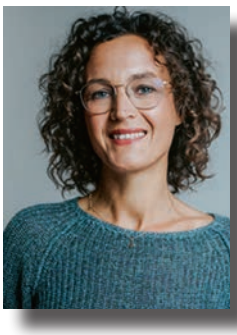
Lehrer*innenlexikon
Termine
Bildungsreisen
Service
weitere Medien
Kontakte

Diese Lehrer*innen-App gibt es im App Store und auf Google Play unter „Freie LehrerInnen".

Freie LehrerInnen

Hier geht's zur App:

Laden im App Store
JETZT BEI Google Play



Stunden-kürzungen

Eva Hammerer, LAbg. der Grünen
(eva.hammerer@gruene.at)

Zuallererst möchte ich mich bei allen Lehrer*innen für ihr außerordentliches Engagement während der Zeit der Coronakrise bedanken. Als Mutter habe ich zu Hause mitbekommen, dass Homeschooling auch für die Lehrkräfte die doppelte und dreifache Arbeit bedeutet.

Ausgerechnet in diese anstrengende Zeit fiel die Hiobsbotschaft der Stundenkürzungen. Die Wogen der Empörung gingen hoch. Auch bei mir. Ob die gewählte Vorgehensweise der Nichtkommunikation nun Taktik oder ein Versehen war, spielt für mich keine Rolle mehr. Was zählt, ist, dass der Aufschrei so laut war, dass er bis ins letzte Zimmer der Bildungsdirektion zu hören war.

Und so viel ist sicher: Durch Kürzung der Stundenkontingente wird sich das Problem des LehrerInnenmangels nicht in Luft auflösen. Wir Grüne fordern schon lange eine Gesamtstrategie, statt kleinteiliger, zahnloser Maßnahmen. Jetzt müssen alle an einen Verhandlungstisch: Direktor*innen und Leiterinitiative, Personalvertretung, Bildungsdirektion und die Bildungssprecher*innen der Parteien sowie Vertreter*innen der Kommunen.
Reden wir über Abrechnungen zwischen Gemeinden, Land, Bund und Vereinen, über die Aufteilung administrativer Aufgaben, über ein berufsbegleitendes Studium an der PH, um den Lehrberuf im zweiten Bildungsweg zu erlangen. Widmen wir uns den Themen Personalentwicklung, Stütz- und Begleitpersonal sowie psychosoziale Unterstützungsangebote.

Reden wir aber auch über die Schüler*innenbetreuung – insbesondere im Sommer – und darüber, wie wir uns für eine mögliche zweite Welle rüsten. Sollen wir Lehrkräfte, Eltern und Kinder uns dann wieder zwischen Homeoffice und Homeschooling aufreiben? Soll die Schere zwischen Kindern aus bildungsnahen und bildungsfernen Familien dann noch weiter aufgehen?

Setzen wir uns zusammen und auseinander mit diesen wichtigen Fragen. Es gibt kein Patentrezept, aber viele gute Lösungsvorschläge, die auf den Tisch gelegt und diskutiert werden müssen. So geht chancenreichstes Land für Kinder – nur gemeinsam.

Mag.ª Eva Hammerer
Verheiratet, begeisterte, glückliche und manchmal überforderte Mutter von vier Kindern; Juristin, Gemeinderätin in Hard seit 2015, Landtagsabgeordnete seit 2019, stellvertretende Klubobfrau der Grünen; Hundefrauchen, Möchtegernklavierspielerin und leidenschaftliche Köchin.

Investieren statt kürzen!

Manuela Auer, LAbg. der SPÖ
(manuela.auer@oegb.at)

Aufgrund des Lehrer*innenmangels und der Empfehlungen des Rechnungshofes kürzt die Landesregierung bei den Stundenkontingenten der Pflichtschulen. Das ist der vollkommen falsche Weg.

Der Lehrer*innenmangel hat viele Ursachen: das Verhältnis Ausbildungszeit und Anfangsgehalt im hochpreisigen Vorarlberg stimmt nicht, Abwanderung in die Schweiz, zunehmende administrative Belastungen und Zusatzaufgaben, fehlendes Unterstützungspersonal, Lehrer*innenbashing in der Öffentlichkeit, viele notwendige und politisch gewollte Kleinschulen, erst sehr spät begonnene Werbemaßnahmen für den Lehrer*innenberuf.

Mit Kürzungen im Bildungsbereich löst man dieses Problem nicht. Dabei hat sich das Land Vorarlberg immer gerühmt, zusätzliche Mittel für Bildung auszugeben. Nun scheint das plötzlich nicht mehr wichtig zu sein. Nicht nur diese Politik ist falsch, sondern auch die Art und Weise, wie sie umgesetzt wird: ausschließlich von oben herab. Gerade in Zeiten, in denen wir alle den Wert des „Miteinander“ hochleben lassen, geht die Bildungslandesrätin den entgegengesetzten Weg und stellt Schulleiter*innen, Lehrer*innen, Personalvertretung und Gewerkschaft vor vollendete Tatsachen. Diese Vorgehensweise ist ein Affront gegenüber allen, die sich an den Schulen und für die Schulen engagieren. Sie wurden vor den Kopf gestoßen.

Daher: Zurück an den Start! Alle Kürzungen zurücknehmen und GEMEINSAM darüber sprechen, was Schule braucht und wie Schule sein muss! Um das zu erreichen, habe ich einen Antrag an den Landtag eingebracht, der genau das zum Ziel hat. Neben der Rücknahme der Kürzungen schlage ich darin einen Runden Tisch vor, zu dem alle Expert*innen eingeladen sind. Der Antragstext ist dabei bewusst so gehalten, dass praktisch alle Fraktionen mit etwas gutem Willen mitgehen können. Denn was spricht dagegen, dass die Landesregierung GEMEINSAM mit den verschiedensten Schulpartner*innen plant, wie es in den kommenden Monaten und Jahren weitergehen soll?

Klar ist: Bildung bestimmt über die Chancen unserer Kinder. Daher müssen wir alles dafür tun, ihnen die beste Bildung zu garantieren.

Manuela Auer
Verheiratet, Mutter eines Sohnes; Landesgeschäftsführerin des ÖGB Vorarlberg seit 2000, AK-Vizepräsidentin, Landtagsabgeordnete seit 2017 (Bildungssprecherin der SPÖ).

Herr Minister, wir sind enttäuscht

Chronologie des Versagens

Freitag, 24.4.2020: BM Faßmann präsentiert den Etappenplan zur Schulöffnung. Dieser ergibt aufgrund vieler Ankündigungen unzählige Probleme, die der Schulautonomie überantwortet werden. Lehrer*innen sollen als „Hygienewächter" unzählige Maßnahmen in den Schulen durchführen, obwohl ein jeder weiß, dass die Sozialkontakte zwischen Kindern am Schulweg weiter erfolgen werden. Die empfohlene Blockvariante erscheint manchen Schulen pädagogisch als sinnlos. Daher wird den Eltern schulautonom der tageweise Wechsel, das Reißverschlussmodell, vorgeschlagen, das nach der termingerechten Verständigung der Eltern nun öffentlich in Frage gestellt wird.

Samstag, 25.4.2020: BM Faßmann kündigt über die Medien an, dass an schulautonom freien Tagen unterrichtet werden soll, obwohl auf Basis des Schulzeitgesetzes die Schulleitung nur Beaufsichtigung vorsehen kann.

Freitag, 1.5.2020: BM Faßmann versteckt sich hinter drei Gewerkschaftern, um in einem Brief Lehrer*innen „einzuladen", einseitig die Beschlüsse der Schulpartnerschaft aufzuheben und zu unterrichten. Mit dem Hinweis auf Freiwilligkeit kommen keine demokratiepolitischen Bedenken auf.

Montag, 4.5.2020: Um nicht mit § 8, Absatz 5 Schulzeitgesetz in Konflikt zu geraten, erfindet BM Faßmann die semantische Konstruktion „freiwilliger Schulbetrieb".

Dienstag, 5.5.2020: Eine BM Faßmann gegenüber weisungsgebundene Bildungsdirektorin lädt in einem Schreiben „nachdrücklich" Schulleitungen zur Inanspruchnahme der Freiwilligkeit ein, damit deren Schulen nicht unter öffentlichen Druck geraten.

Mittwoch, 7.5.2020: Das Ministerium informiert in einem Schreiben, dass Lehrer*innen an Bundesschulen, die älter als 60 Jahre sind, auf eigenen Wunsch vom Unterricht freigestellt werden können, und setzt damit ohne Nennung einer gesetzlichen Grundlage eine Forderung der parlamentarischen Opposition durch, der die Regierungskoalition zuletzt die Zustimmung für alle Arbeitnehmer*innen verweigert hat.

Die Lehrer*innen haben in den letzten Wochen gezeigt, dass sie engagiert und äußerst flexibel auf die herausfordernde Situation reagieren können und auch jederzeit zu freiwilliger Dienstleistung bereit sind, wenn ihnen ehrlich und transparent begegnet wird. Selbst den Kommunikationsstil des Ministers, die Medien zumeist vor den Schulen zu informieren und die Schulpartner aufgrund fehlender Informationen zu verwirren, haben höchst engagierte Schulleitungen auszugleichen versucht. Was sie nicht dürfen, ist Gesetze zu missachten, und was sie nicht wollen, ist, dass der hervorragende Ruf der österreichischen Schulen durch eine vom Minister unnötig losgetretene Diskussion in Misskredit gerät.

MMag. Dr. Thomas Bulant
0699/1941 39 99
thomas.bulant@apsfsg.at

Ein Käfig voller Narren

Kommentar des Vorsitzenden des DA Feldkirch
Hannes Nöbl

Die Entscheidung der Bundesregierung kam nicht wirklich überraschend, wenngleich man es bis zuletzt nicht glauben konnte und es unvorstellbar schien, dass die Schulen und nicht nur diese, von heute auf morgen beinahe zugesperrt werden.

Also ab ins Homeoffice und schnell ein Konzept ausarbeiten, wie man denn nun die schulischen Inhalte zu den Schüler*innen transportieren kann. Voller Elan war mein Start in das für mich neue Homeschooling.

Doch schnell, sehr schnell trat eine gewisse Ernüchterung ein. Zu Hause mit drei Kindern, noch keines von ihnen schulpflichtig, war mein einziger Rückzugsort das Bett im Schlafzimmer. Klingt doch gar nicht so schlecht: Arbeiten im Liegen. Schnell stellte sich heraus, die Internetverbindung im Schlafzimmer reicht zum Arbeiten nicht aus. Also sofort technische Hilfsmittel bestellt.

Und schnell war auch klar, so einfach, wie ich mir das vorgestellt hatte, war das gar nicht. Nicht nur die Rückgabe und die Kontrolle der Hausaufgaben waren eine Herausforderung, auch der ständige Besuch zumindest eines meiner Kinder am Arbeitsplatz war ungewohnt. So mancher Streit der Kinder durchbrach eine meiner Videokonferenzen. Und so wie mir, ist es sehr vielen ergangen, nicht nur Lehrer*innen, sondern auch Schüler*innen.

Doch jetzt dürfen wir wieder in die Schule. Endlich! In so einer Situation merkt man erst, wie wichtig einem der persönliche Kontakt zu den Schüler*innen ist.

Digitalisierung braucht das Land

Alexander Frick, Lehrer an der MS Blons (alexander.frick@nmsgw.snv.at)

Die Schule hat sehr schnell auf die Schulschließungen reagiert und auf Distance Learning umgestellt. Dabei stellte sich heraus, dass Kinder aus sozioökonomisch schwachen Familien klar im Nachteil sind und die Gefahr besteht, dass diese Kinder noch weiter abgehängt werden, je länger die Krise dauert.

Aufträge an Schüler*innen erfolgen beim Distance Learning in erster Linie über E-Mails. Daneben wird aber auch über Handys, Lernplattformen und analoge Lernmappen (Kopien) kommuniziert.
E-Mails und Lernplattformen verlangen aber eine gewisse technische Ausstattung. Genau diese Ausstattung zu Hause zeigt, dass nicht alle Kinder die gleichen Chancen haben.

„Die technische Ausstattung zu Hause zeigt, dass nicht alle Kinder die gleichen Chancen haben."

Laut einer Studie von Prof. Stephan Huber, Leiter des Instituts für Bildungsmanagement und Bildungsökonomie der PH Zug, CH, verfügen demnach 73 % der befragten Haushalte über die nötige Ausstattung, 15% gaben an, keine ausreichenden Arbeitsgeräte zu haben, und 5 % sagten, keine technischen Möglichkeiten zu haben, damit ihre Kinder digitale Unterrichtsangebote wahrnehmen können.

Diese Zahlen zeigen, dass alles unternommen werden muss, um diese „Bildungsungleichheit" (Faßmann, SN vom 9.4.2020) zu verringern. Das Land Vorarlberg hat einen Aufruf an die Bevölkerung und die Betriebe in Vorarlberg gestartet, um möglichst viel funktionsfähige IT-Infrastruktur zu sammeln. Die Geräte wurden neu aufgesetzt und den betroffenen Familien über die Schulen zur Verfügung gestellt. An dieser Stelle herzlichen Dank an die Initiatoren dieser Aktion!

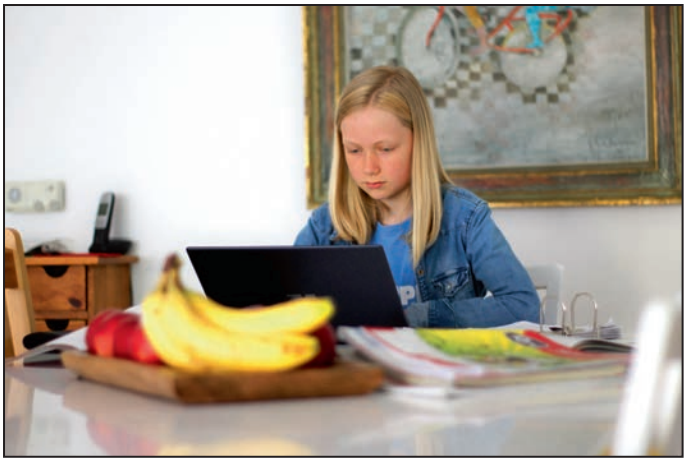
Wie wäre es jetzt – als Lehre aus dieser Krise –, wenn in Zukunft alle Schüler*innen, die keine oder keine ausreichenden Möglichkeiten haben, digitale Unterrichtsangebote wahrzunehmen, diese IT-Infrastruktur zur Verfügung gestellt bekommen könnten? Es wären dann wenigstens die Benachteiligungen auf technischer Seite beseitigt.

In der „Basler Erklärung" der Pflichtschullehrer*innengewerkschaft in der GÖD, des Dachverbands der Lehrerinnen und Lehrer in der Schweiz (LCH) sowie des Verbandes für Bildung und Erziehung in Deutschland steht zur digitalen Technologie an Schulen: „Es braucht dazu eigene Budgetposten. Die Kosten für die Ausstattung und Nutzung dürfen nicht auf Eltern, Lehrende und Lernende abgewälzt werden. Öffentliche Schulen müssen ausreichend finanziert sein, damit sie nicht in Abhängigkeit von Sponsoren geraten."

„Die Kosten für die Ausstattung und Nutzung dürfen nicht auf Eltern, Lehrende und Lernende abgewälzt werden."

Der Zugang zum Internet zu Hause gehört mittlerweile weniger zu einer vernünftigen Schulausstattung, sondern ist eher eine Frage der gesellschaftlichen Teilhabe. Aus diesem Grund muss das Budget nicht ausschließlich aus dem Bildungsressort kommen. Auch das Sozialministerium ist hier gefragt.

Übrigens fordert die „Basler Erklärung" auch ausreichende Fort- und Weiterbildung, „damit Lehrpersonen digitale Technologien kompetent einsetzen können." Die Probleme, was die Digitalisierung des Unterrichts betrifft, sind also bekannt. Bleibt zu hoffen, dass sie nach der Krise auch angegangen und gelöst werden.



Sie fragen, wir antworten.

Gerhard Unterkofler, Willi Witzemann

Teilzeitbeschäftigung

? Mein Kind ist noch nicht sieben Jahre alt und ich werde nächstes Jahr wieder um eine Teilzeitbeschäftigung ansuchen. Ich habe bereits den Antrag gestellt und möchte nun mit meiner Chefin die freien Tage ausmachen, da ich nur am Montag, Mittwoch und Freitag eine Kinderbetreuung habe. Ich benötige also am Dienstag und Donnerstag einen freien Tag. Ist das gesetzlich möglich?

§ Ja, du hast ein gesetzliches Recht auf diese Teilzeitbeschäftigung gemäß MSchG § 15h bzw. VKG § 8. Der Dienstgeber hat sich grundsätzlich an die vereinbarte Arbeitszeit zu halten. Wir raten deshalb, beim Antrag unbedingt hineinzuschreiben, wann aufgrund der Kinderbetreuung nicht unterrichtet werden kann. Sollte es zu Problemen kommen, einfach mit der Personalvertretung Kontakt aufnehmen. Von der Rechtsabteilung der GÖD wurden wir auch dahingehend informiert, dass Gerichtsurteile den Eltern großzügig das Recht auf Bekanntgabe der Zeiten einräumen und die Arbeitgeber verpflichten, das zu beachten, so weit das möglich ist.

Erziehungsberechtigte

? Ich habe im laufenden Schuljahr immer die Mutter eines Kindes über die Lernfortschritte informiert. Nach den Semesterferien hat sich der Vater beim Direktor aufgeregt, dass ich dies nicht hätte tun dürfen, weil er seit der Scheidung alleiniger Erziehungsberechtigter sei. Kann ich nun wegen Verstoßes gegen die Amtsverschwiegenheit belangt werden?

§ Wenn der Vater alleiniger Erziehungsberechtigter ist, dann darf auch nur ihm Auskunft über das Kind gegeben werden.
Allerdings obliegt es dem Erziehungsberechtigten, die Schule nachweislich über die neue Situation zu informieren.
Es ist nicht Aufgabe des Lehrers/der Lehrerin oder des Leiters/der Leiterin zu überprüfen, ob es eine Änderung gegeben hat. In diesem Fall hat die Lehrerin nicht gegen die Amtsverschwiegenheit verstoßen.

Rechtssicherheit

? Auf Grund der Corona-Gesetze habe ich gelesen, dass ein Staatsbürger all das tun darf, was nicht durch das Gesetz verboten ist. Gilt das auch für uns Lehrpersonen?

§ Wir Lehrpersonen sind natürlich auch Bürger*innen und deshalb gilt dies auch für uns. Aber, wenn wir als Organe des Staates, also in der Schule als Pädagog*innen handeln, dann gelten andere Grundsätze. Beamte und Beamtinnen dürfen also nur das tun, was ihnen vom Gesetz erlaubt ist. Das gibt Rechtssicherheit für alle Beteiligten.

Regelpension bei Vertragslehrpersonen

? Ich bin eine Vertragslehrperson und am 14. September 1964 geboren. Habe ich immer noch die Möglichkeit, mit 60 Jahren in die Regelpension zu gehen?

§ Bei Vertragslehrpersonen gibt es momentan bei der Regelpension noch Unterschiede zwischen Frauen (60. Lebensjahr) und Männern (65. Lebensjahr). Die Regelpension bei Vertragslehrer*innen wird schrittweise an die der Männer angepasst, beginnend ab dem Geburtsdatum 2. 12. 1963. Für dich bedeutet dies, dass du mit dem 61. Lebensjahr in die Regelpension gehen kannst.

Hier eine Liste für die Übergangsjahrgänge:

ab 2. 12. 1963	60 Lj. + 6 Monate
ab 1. 06. 1964	61 Lj.
ab 1. 12. 1964	61 Lj. + 6 Monate
ab 1. 06. 1965	62 Lj.
ab 1. 12.1965	62 Lj. + 6 Monate
ab 1. 06.1966	63 Lj.
ab 1. 12. 1966	63 Lj. + 6 Monate
ab 1. 06. 1967	64 Lj.
ab 1. 12. 1967	64 Lj. + 6 Monte
ab 1. 06. 1968	65 Lj.

Alle Themenbereiche aus dem Serviceteil „Fragen und Antworten“ werden ins Lehrer*innen-ABC auf unserer Homepage oder in die Lehrer*innen-App eingearbeitet.

www.freielehrer.at

LETZTE FERIENWOCHE FÜR LEHRER-INNEN IM NEUEN DIENSTRECHT

Aus dem Landesvertragslehrpersonengesetz (LVG):
§ 42 (2) Vertragslehrpersonen haben, wenn für die klaglose Erledigung dringender Amtsgeschäfte vorgesorgt ist und nicht besondere dienstliche Rücksichten (Abhaltung von Prüfungen u. dgl.) die persönliche Anwesenheit am Dienstort erfordern, Anspruch auf einen Urlaub während der Hauptferien, der frühestens nach Abwicklung der sie betreffenden Schlussgeschäfte beginnt und mit dem Montag vor Beginn des folgenden Schuljahres endet.

Fragestellungen	Antworten
Müssen Lehrpersonen in der ersten Ferienwoche an der Schule anwesend sein?	Nein, wenn die Lehrperson die sie betreffenden Schlussgeschäfte (Zeugnis, Stammkarte, Wochenbuch, ...) fertiggestellt hat, beginnt der Urlaub während der Hauptferien.
Müssen Lehrpersonen im neuen Dienstrecht (pd) ihren Dienst am Montag in der letzten Ferienwoche an ihrer Schule antreten?	Das Gesetz spricht lediglich davon, dass mit dem Montag vor Beginn des folgenden Schuljahres der Urlaubsanspruch während der großen Ferien endet. Das heißt, inklusive dieses Montags besteht der Urlaubsanspruch.
Zu welchen Arbeiten kann eine Lehrperson in der letzten Ferienwoche verpflichtet werden?	Im Erlass des BMBF wird die Ferienregelung der Vertragslehrpersonen an die der Leiter/innen angelehnt. Laut LDG hat ein Leiter/eine Leiterin die letzten drei Ferientage am Dienstort anwesend zu sein. Daran kann man sich orientieren. Im Gesetz werden „standortbezogene Tätigkeiten“ gemäß § 8 (10) LVG genannt: • Das sind insbesondere die Mitarbeit im Rahmen der Unterrichts-, Schul- und Qualitätsentwicklung, die Teilnahme an Konferenzen, Teambesprechungen, schulinterner Fortbildung und die Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten und Lehrberechtigten. • Gegebenenfalls ist die Durchführung der Wiederholungsprüfungen möglich, allerdings immer unter der Berücksichtigung des § 23, 1a/1c SchUG. (Beschluss im Schulforum oder Schulgemeinschaftsausschuss, ...) • Wichtig: Die Lehrperson hat keine administrativen Leiteraufgaben zu erledigen.
Muss ich an der Schule bleiben, wenn keine standortbezogenen Arbeiten gegeben sind?	Nein. Die Lehrperson muss allerdings erreichbar sein. Persönliche Stundenvorbereitungen können weiterhin zu Hause erledigt werden.

LOHNSTEUER

Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit unterliegen der Lohnsteuer. Sie werden direkt vom Lohn durch den Arbeitgeber abgezogen und ans Finanzamt abgeführt.

Einkommensteuertarife:
(bezogen auf das Jahreseinkommen)

bis 11.000 €	**0 %**
11.000 – 18.000 €	**25 %**
18.000 – 31.000 €	**35 %**
31.000 – 60.000 €	**42 %**
60.000 – 90.000 €	**48 %**
90.000 – 1.000.000 €	**50 %**
ab 1 Mio. €	**55 %**

Wichtig: Wenn eine Steuergrenze überschritten wird, muss nur der darüber liegende Betrag mit dem höheren Steuersatz versteuert werden.

Beispiel:
ein zu versteuernder Jahresverdienst beträgt 31.100 Euro

		Lohnsteuer
€ 11.000 sind frei,	→	€ 0,-
€ 7.000 werden mit 25 %,	→	€ 1.750,-
€ 13.000 mit 35 %,	→	€ 4.550,-
€ 100 mit 42 % versteuert.	→	€ 42,-
Lohnsteuer für € 31.100		€ 6.342,-

Außerdem: Bevor die Lohnsteuer berechnet wird, werden vom Bruttogehalt beispielsweise folgende Beträge abgezogen:

- Wohnbauförderungsbeitrag, eventuell Kammerumlage
- Pendlerpauschale
- Beiträge zur Pflichtversicherung in die gesetzliche Sozialversicherung
- Gewerkschaftsbeitrag, Zukunftssicherung

Über die **ANV** (Arbeitnehmer*innenveranlagung) können noch weitere steuermildernde Ausgaben geltend gemacht werden: Sonderausgaben, Werbungskosten, … Gewerkschaftsmitglieder können die ANV kostenlos von einem Steuerexperten des ÖGB machen lassen. (unterkofler.gerhard@aon.at)

Abfertigungen werden einheitlich mit 6 % versteuert. Auch das 13. und 14. Monatsgehalt wird geringer versteuert.

Brutto-/Nettorechner:
Wer sich ausrechnen will, wie viel Steuern bzw. Sozialabgaben er/sie pro Monat/Jahr bezahlt, kann dies auf der Homepageseite des Finanzministeriums machen. Dabei sieht man auch, wie hoch das 13. Und 14. Monatsgehalt versteuert wird.

Zuverdienst

- Wer neben seinem Arbeitsverhältnis noch einen Zuverdienst aus einem freien Dienstvertrag, Werkvertrag oder Mieteinnahmen hat, muss diesen bis zu einer Grenze von € 730 pro Kalenderjahr nicht versteuern.
- Wer neben seinem Lehrer*innenberuf auch noch Einnahmen aus einem anderen Beruf oder einer Pension bezieht, muss beides versteuern.

Ethikunterricht - im Sinne der Bischofskonferenz

Trotz Rekordarbeitslosigkeit, Schuldenexplosion und bevorstehender gesellschaftlicher Herausforderungen ungeahnten Ausmaßes, hat die Regierung Ende Mai einen Gesetzesentwurf zur Absicherung des Religionsunterrichtes in Begutachtung geschickt. „Damit soll es nun einen verpflichtenden Ethikunterricht nur für jene Schüler*innen geben, die keine Religion haben oder sich von einem Religionsunterricht abgemeldet haben. Mit diesem Gesetz ist der Ethikunterricht, an dem alle Schüler*innen, ungeachtet ihrer Herkunft oder konfessionellen Zugehörigkeit, teilnehmen sollen, auf Jahre hinaus gestorben“, so Mag. Eytan Reif, Sprecher des Komitees „Ethik für ALLE“.

Ein verpflichtender Ethikunterricht wird von Vertreter*innen der verschiedensten Religionen als Konkurrenzfach für den Religionsunterricht gesehen. Dem ist nicht so: Das Fach Religion würde ja weiterhin bestehen bleiben. Gerhard Unterkofler, Lehrer*innengewerkschafter: „Ziel eines pluralistischen Staates muss es sein, ein gemeinsames Wertefundament für das gesellschaftliche Miteinander zu schaffen. Dazu gehören unter anderem Themen wie die Stellung der Frau in unserer Gesellschaft, religiöse Toleranz, Umgang mit der Umwelt oder philosophische Fragen und die Kenntnisse zu den Weltreligionen. Mit der neuen Regelung erhalten Kinder fundamentalistischer Religionen leider weiterhin nur ihr konfessionell eingefärbtes Ethikbild vermittelt.“

Michael Köhlmeier: Kultur und die Grünen

„Seit der Herr Grasser anno Schüssel von Orchideenstudien gesprochen und damit alles mitgemeint hat, was der Neoliberalismus nicht braucht, war die Kultur in der zweiten Reihe. In dieser Hinsicht habe ich auch von den Grünen nie viel gehalten. Hier herrscht etwas Lehrerhaft-Doktrinäres vor, die Künstler haben zur Verfügung zu stehen, wenn für etwas eine Unterschrift gebraucht wird, und dann nicht mehr. Zu Zeiten der deutschen Linken nannte man das Büpas, Bündnispartnerschaften.
Am 1. Mai ist mir das wieder schmerzlich eingefallen: Im alten roten Wien wurden in Gemeindebauten Künstlerateliers unter dem Dach eingeplant. Man hat gesagt: Unsere Leute, denen nie etwas Gutes zuteil wurde, für deren Rechte wir gekämpft haben, die haben ein Recht auf Schönheit. Dieses Bewusstsein liegt nicht in der Tradition der Grünen. Mir ist selten eine derart ignorante Bewegung begegnet.
Das spitzt sich jetzt in der Frau Lunacek zu, was aber nicht heißt, dass es vorher besser gewesen wäre. Das Grundmissverständnis ist, die Natur für unseren Freund zu halten. Niemand darf sich das je einbilden. Die ganze Geschichte der Zivilisation, der Kultur, ist die Geschichte der Auseinandersetzung mit der Natur. Man kann auch sagen: des Kampfs mit der Natur. Das Banner, das wir hochhalten, ist das Banner der Kultur und der Zivilisation. Unsere Wissenschaft strebt danach, die Kräfte der Natur zu nutzen und uns mit ihr irgendwie zu arrangieren. Aber Freund ist dieses Grün, das ich da draußen vor dem Fenster sehe, mir gegenüber gar nicht. Wenn ich höre ‚Mutter Natur schlägt zurück‘, kriege ich Zustände! Unsere ganze Geschichte betrifft unsere Emanzipation von der Natur, unseren Kampf mit der Natur. Und wenn wir dann, ermattet von diesem Kampf, dasitzen und unseren Tee trinken, ist das eine Errungenschaft der Kultur. Wir schauen den Vögeln den Gesang ab, aber wir machen etwas Schöneres draus. Ich liebe den Amselgesang, aber die 40. Symphonie von Mozart ist mir mehr wert.“

(NEWS, 14. Mai 2020, Internetausgabe)

Fotographin: Amrei-Marie

Kürzungen: IT, Berufsorientierung, Bibliotheksarbeit

Bei den geplanten Kürzungen im Vorarlberger Pflichtschulbereich von nunmehr zwei Prozent, wurde von Schöbi-Fink immer davon geredet, dass es keine Lohneinbußen geben würde. Das hat sich allerdings als nicht richtig erwiesen.
Wie die Personalvertretung feststellen musste, werden die Abgeltungen für IT-Betreuung, Leitung von Schulbibliotheken und Koordination der Berufsorientierung sehr wohl auch um zwei Prozent gekürzt. Die Personalvertretung hat in einer Protestnote an Frau Schöbi-Fink diese Vorgehensweise kritisiert und gefordert, dass von einer generellen Kürzung Abstand genommen werden müsse und mit der Personalvertretung und Gewerkschaft sowie den Protagonisten der Leiter*innen-Iniative unverzüglich in Verhandlungen getreten werde.

Ausbildungskürzung bei den VS-Lehrpersonen?

In einem Antrag der Vorarlberger ÖVP und der Grünen soll die Bundesregierung aufgerufen werden, die Ausbildung von Volksschullehrpersonen um ein Jahr zu kürzen. Grund: Lehrer*innenmangel in Vorarlberg. Man erhofft sich dadurch, dass mehr Maturant*innen das Studium zur Primarlehrer*innenausbildung wählen.

Für mich, Lehrer*innengewerkschafter, ist eine solche Vorgehensweise sehr problematisch.
Die Kürzung einer Ausbildung nur mit der Begründung des Lehrer*innenmangels greift zu kurz. Man stelle sich nur den Aufschrei vor, wenn bei Mangel von Fachärzten oder Pflegepersonal einfach bei der Ausbildung gekürzt würde.
Der Beruf des Primarlehrers ist mindestens so wichtig und herausfordernd wie jener des Sekundarlehrers. Eine Kürzung der Ausbildung aufgrund des Lehrer*innenmangels wäre deshalb verantwortungslos, damit würde auch in der Öffentlichkeit das Bild vermittelt, dass die Ausbildung von Volksschullehrer*innen weniger wichtig sei als jene der Sekundarlehrpersonen.

Außerdem würde eine Kürzung der Ausbildung im jetzigen Besoldungssystem bedeuten, dass zukünftig die Volksschulpädagog*innen Gefahr laufen, weniger zu verdienen. Die Besoldung richtet sich nämlich nach der Ausbildungslänge und nicht nach der pädagogischen Bedeutung.

Grundsätzlich kann man natürlich über die Länge der Ausbildung diskutieren, aber dann bei allen Lehrer*innen und das nur, wenn es zu keinem Qualitätsverlust kommt. Immerhin hat sie sich bei Oberstufenlehrpersonen um ein Jahr, bei Pflichtschullehrpersonen um zwei Jahre auf insgesamt fünf Jahre verlängert. Eine Evaluation der Ausbildung ist ja vorgesehen. Und wenn es Leerläufe gibt oder die Praxisausbildung zu kurz kommt, dann sollte die Regierung auch Änderungen machen. Kürzung und/oder Verbesserung der Ausbildung sollten Politiker aber wirklichen Experten und Wissenschaftlern überlassen. Der Gehalt darf dabei nicht gekürzt werden.

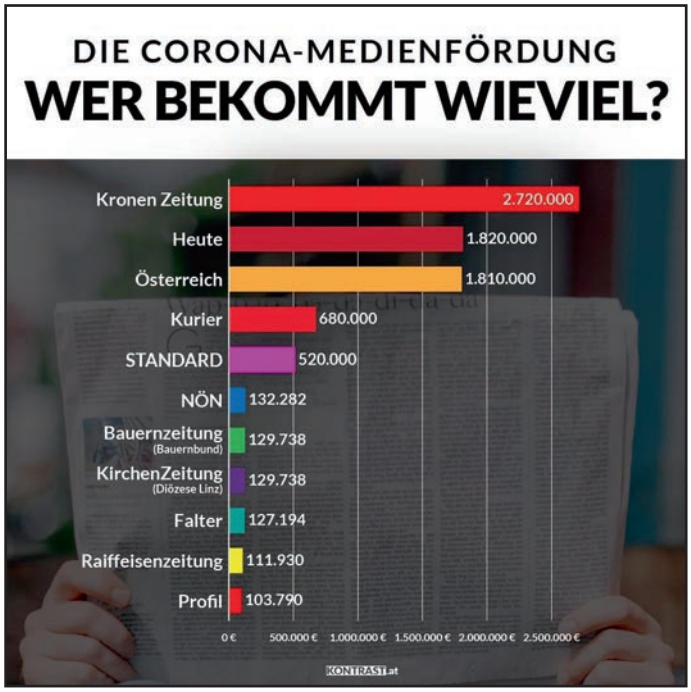
Vergessen wir nicht: Es war ein großer Fortschritt im vorigen Jahrhundert, als die Volksschullehrer*innenausbilung um ein Jahr verlängert und damit an jene der Hauptschullehrpersonen angeglichen wurde. Damit gab es auch den gleichen Grundlohn. Mit einer Kürzung nur für eine Gruppe - so wie es die FCG und die ÖVP wollen - machen wir wieder einen Schritt zurück.

Vielmehr sollten wir dafür kämpfen, dass die Volksschullehrer*innen auch in der Fächerzulage den Sekundarlehrer*innen gleichgestellt werden. Damit würden sie nämlich um bis zu 300 Euro pro Monat mehr verdienen. Dies würde den Beruf finanziell attraktiver machen. (g.unterkofler)

Mitarbeiter*innen-Vorsorgekasse

Vor etwa 10 Jahren änderte sich das Gesetz bezüglich der Bemessungsgrundlage für die Mitarbeitervorsorgekasse. Erst kürzlich entdeckte die Personalvertretung der Berufsschullehrer*innen, dass das Land Vorarlberg diese Änderung vergessen hatte – auch bei den Pflichtschullehrer*innen.

Ende März 2020 wurde der Pflichtschullehrer-*innen-Personalvertretung mitgeteilt, dass es eine mündliche Zusage des Ministeriums gebe, dass die fehlenden Beträge bis ins Jahr 2008 aufgerollt werden dürften. Momentan wartet die Gehaltsbemessungsstelle allerdings noch auf die schriftliche Zusage. Wir hoffen, dass dies bald geschieht.



Unterricht daheim: Fluch und Segen

Laut Zeitschrift „Der Standard“ hat das Institut für höhere Studien (IHS) bisher von 5000 Lehrer*innen ihre Bewertung zu „Fluch und Segen des Unterrichts daheim“ erhalten. Das ist erst ein Zwischenergebnis, da die Umfrage noch am Laufen ist.

- Demnach kommen 80 Prozent der Pädagog*innen zu dem Schluss, dass die Kluft zwischen den bessergestellten und den benachteiligten Schüler*innen während des Shutdowns weiter gewachsen ist.
- Weiters ergab die Umfrage, dass 12 Prozent aller Schüler*innen im Shutdown schwer oder gar nicht erreichbar waren. Zwei Drittel der Schulkinder seien vom Homeschooling stark belastet oder überfordert gewesen.
- 31 Prozent der Schüler*innen haben ihre Lehrer*innen im Homeschooling positiv überrascht.
- Und: 70 Prozent der Lehrpersonen gaben an, während des Homeschoolings mehr gearbeitet zu haben als im normalen Schulbetrieb.

Bezahlte Anzeige

Ein Projekt des Bildungsclusters „Dialog mit der Gesellschaft“

Homepage für qualitätsvolles Unterrichtsmaterial für LEBENsmittelwissen ist online

Im Rahmen des Bildungsclusters „Dialog mit der Gesellschaft zu den vernetzten Themenfeldern Umwelt, Landwirtschaft und Ernährung“, wurde das **Projekt „Lebensmittelwissen“** als Teilprojekt über eine LE-Förderung finanziert.

Ziel des Bildungsclusters ist die **Vermittlung eines realistischen Bildes der österreichischen Landwirtschaft in Zusammenhang mit Umwelt und Ernährung.** Im Rahmen des Teilprojekts wurden unter der Leitung der Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik die Informations- und Bildungsaktivitäten im Bereich Lebensmittelwissen/Ernährung für Pädagog*innen der unterschiedlichen Altersstufen österreichweit aufeinander abgestimmt und gebündelt. Einen wesentlichen Aspekt stellte der **10-tägige ECTS-AP-bewertete Hochschullehrgang** und die Ausdehnung des Kinderernährungsprojektes des LFI`s Tirol „Schmatzi – SeminarbäuerInnen“ auf die Bundesländer Vorarlberg und Steiermark dar.

Nun ist auch die **Homepage www.lebensmittelwissen.ac.at mit fachlich und pädagogisch geprüftem Unterrichtsmaterial rund um „LEBENsmittelwissen“ online**.

Derzeit umfasst die Datenbank 145 positiv bewertete Unterrichtsmaterialien. Das Angebot soll natürlich wachsen und wird daher weiterhin mit gesichtetem Material befüllt bzw. verlinkt. Weitere Infos gibt es bei der Projektleitung **Dipl.-Ing.in Sabine Kahrer BEd**, Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik, **sabine.kahrer@haup.ac.at**.

„Distance learning“ oder „Corona Ferien“?

Ein Erfahrungsbericht

Dominik Dalfollo, MS-Lehrer in der MS Bregenz-Schendlingen (dominik.dalfollo@vmsbvo.snv.at)

07:30 Uhr morgens, der Wecker klingelt bereits zum dritten Mal. Ich schaue mit halb geschlossenen Augen auf das grell strahlende Display – jetzt muss ich wohl aufstehen.

Halb ferngesteuert führt mich mein Gang ins Bad. Kurze Zeit später glänzt meine Hülle, doch erst der allmorgendliche Kaffee bringt mich auf Betriebstemperatur.

08:00 Uhr, ich sitze vor dem Computer, öffne das Mailprogramm und die Kommunikationsplattform Schoolfox. Über die Nacht sammelten sich einige Nachrichten und Mails an, manche davon sind sogar erst zwischen 0:00 und 04:00 Uhr eingelangt.

Ich öffne die erste Nachricht und lade die Anhänge - erledigte Aufgaben - herunter. Selbstverständlich Fotos, der Qualität nach in einer geheimen Besenkammer unter der Treppe aufgenommen. Na gut, dann eben mit Bildbearbeitung so überarbeiten, damit man überhaupt etwas entziffern kann.

In diesem Moment stolziert mein Kater herein und protestiert lautstark, weil er sein Futter noch nicht erhalten hat. Ich vertröste ihn, öffne die Bilder. Leider lässt er sich das nicht gefallen und springt mit einem Satz genau vor meinen Bildschirm. Nach der Fütterung kann ich endlich in Ruhe die Aufgaben korrigieren. Dafür konnte ich von einem Freund ein Zeichentableau ausleihen, somit spare ich wenigstens einen halben Wald an Papier.

Ständig werde ich durch eingehende Nachrichten – eine natürlich wichtiger als die andere – unterbrochen. Zwischendurch rufen Kollegen an, oder die Verwandten fragen zum zehnten Mal nach, ob ich schon gesund wäre und ja zuhause bleiben würde. Was soll ich denn sonst machen? Mehr als eine Runde spazieren war zu Beginn ja nicht möglich.

10:30 Uhr, es wird höchste Zeit für einen weiteren Kaffee. Doch ganz im Sinne von „die Arbeit ruft“ bimmelt das Telefon und mehrere Eltern melden sich per Mail, was denn jetzt nun mit der bald stattfindenden Projektwoche sei? Also mit dem braunen Gold zurück an den Computer.

Zwischen 12:00 und 14:00 Uhr wird gekocht, nebenbei der Haushalt erledigt und die Mama zurückgerufen. Anschließend beginnt meine Nachmittagsschicht. Es werden neue Arbeitspläne erstellt, Erklärvideos gedreht, säumige Schüler an ihre Aufgaben erinnert und hinterhertelefoniert. Kurz denke ich daran, ein Buch mit dem Titel: „Corona und die besten Ausreden“ herauszubringen.

18:00 Uhr abends, die Frisur hält. Zeit, die neu angekommenen Aufgaben und aufkommende Fragen zu beantworten. Nebenbei laufen die neuesten Nachrichten.

Gegen 19:00 Uhr springt die Katze wieder vor den Bildschirm, und aus dem Fernseher nebenan erklingt die Werbung vom neuen Kijimea Reizdarm PRO! Es ist endgültig Zeit, Feierabend zu machen!

Nach so einem Tag, an dem man

mehr oder weniger ständig erreichbar und greifbar sein sollte, nebenbei Arbeitspläne vorbereitet und auf allen Kanälen mit Eltern, Schülern kommuniziert und mit der Schule im Kontakt bleibt, hat man sein Arbeitspensum erfüllt. Ich möchte gar nicht daran denken, was andere Kollegen und Kolleginnen in dieser Zeit für eine Arbeitsbelastung stemmen mussten. Viele hatten im sogenannten „home office“ auch noch die eigenen Kinder zu betreuen oder sind technisch oftmals weniger versiert.

Ich denke, wenn das alles hier vorbei ist, bleiben wir erstmal zuhause und machen Ferien!

Schule am See mit COVID-19

Schulalltag in Krisenzeiten

Ursula Holzer, MS-Lehrerin an der Schule am See, Hard (ursula.holzer@vshas.snv.at)

Ich bin Lehrerin in der Schule am See in Hard, und zwar in jahrgangsgemischten Klassen (4-5-6) im Cluster C1.

Als bekannt wurde, dass die Schulen geschlossen werden, dachten wir uns alle: Was? Krass! - Unser Team stellte im Eilverfahren Pakete für zuhause zusammen, und am Montag fanden wir uns im Verhältnis 7:1 wieder – sieben Lehrpersonen auf einen Schüler. - Für das Abholen der Materialien hatten wir schnell eine Lösung gefunden, und meine Kollegin und ihr Sohn kreierten noch am selben Tag eine eigene Homepage für unseren Cluster, die zum Hauptinformationsportal für die nächsten Wochen wurde.

„Die meisten Eltern reagierten auf die Maßnahmen gelassen und vernünftig."

Die Zeit bis Ostern war geprägt von der Optimierung der Kommunikation. Die meisten Eltern reagierten auf die Maßnahmen gelassen und vernünftig, und wir waren meist zu dritt oder viert in unserem Cluster präsent, um Dinge zu planen, uns auszutauschen, und nach dem anfänglichen Schrecken und Staunen kamen wir in einen guten Arbeitsrhythmus.
Wir kümmerten uns um flächendeckende Rückmeldungen von den Kindern, wir erhoben, wer keinen PC oder Drucker zu Hause hatte und wer Hilfe benötigte. Bei etlichen Familien riefen wir zu Hause an, um nachzufragen, wie es mit dem Lernen laufe. Um besser planen zu können, traf sich unser Team in regelmäßigen Zoom-Meetings, und wir schafften es, unsere vorher etwas chaotische Besprechungskultur zu optimieren.
Unsere zwei Schulleiter, Karin und Christian, haben uns in allem unterstützt und sich stets ruhig um Information des Kollegiums und der Eltern bemüht.

Viele tolle Dinge sind entstanden, viele kreative Ideen wurden umgesetzt, viele Kinder haben sehr fleißig gearbeitet und interessante Ergebnisse abgeliefert. Man muss sagen, die meisten haben wirklich versucht, das Beste aus der Situation zu machen. Aber so manche Familie hat auch rückgemeldet, wie schwierig es sei, alles zu organisieren, die Kinder zum regelmäßigen Lernen zu bewegen und den Tagesablauf zu strukturieren. Das Klima an unserer Schule war und ist sehr angenehm und konstruktiv geblieben – viele Menschen haben, abgesehen von Problemen und Existenzsorgen aller Art, die Entschleunigung genossen und sich an die (für Familien sehr herausfordernden) Beschränkungen gehalten.

Seit Ostern etablierten wir auf der Terrasse unseres Clusters ein perfektes Abhol- und Bringsystem, und neben den Hauptfächern wurden u.a. auch tolle Werkerziehung-Pakete zur Entnahme bereitgestellt. Da der Ort jederzeit zugänglich war, konnten Eltern oder Kinder dort zeitunabhängig Sachen abholen und bringen.

Nach den Ferien, als die bearbeiteten Unterlagen eintrudelten, begannen wir systematisch, Kinder einzuladen. Es waren beispielsweise jene SchülerInnen zu den Englisch-Zoom-Stunden da, die zu Hause nicht die ensprechende Ausrüstung hatten.
Außerdem durften Kinder, die Hilfe benötigten, in die Klassen kommen, in Kleingruppen bekamen sie die nötigen Inputs.

„Von Anfang an hätte der Fokus darauf gelegt werden müssen, die sozial schwachen Kinder in Kleinstgruppen zu unterrichten."

Ich finde, es hätte von Anfang an darauf der Fokus gelegt werden sollen, dass ab Ostern in ganz Österreich LehrerInnen die (sozial) schwachen Kinder in Kleinstgruppen (mit allen Sicherheitsvorkehrungen) unterrichten, um die sozialen Ungerechtigkeiten unseres Bildungssystems zu mildern. Das hätte uns fünf Wochen Zeit gegeben, um auch sonst schon vorhandene Wissenslücken aufzuholen. Gleichzeitig hätte es die Familien entlastet, die sowieso in vielerlei Hinsicht benachteiligt sind. Der Fokus lag von Regierungsseite meiner Meinung nach auf der bestmöglichen Durchführung der Matura als wichtigstes Kriterium auf dem Weg zum erfolgreichen Eintritt in unser kapitalistisches Wirtschaftssystem, was kritisch zu hinterfragen ist.

Nun wurde die Schule wieder geöffnet – es wird sich zeigen, wie erfolgreich die Umsetzung der Richtlinien erfolgt. Ich glaube, dass wir aus dieser Krise sehr viel für unsere Zukunft lernen könnten.

Das Alphabet des Respekts

Catherine Muther, Lehrerin an der MS Innermontafon, freie Journalistin (catherine_muther@icloud.com)

Corona – Klappe, die Zweite.

Auch wenn das Virus in den vergangenen Wochen unseren Alltag bestimmt hat, große Veränderungen wird es, leider oder Gott sei Dank, keine geben. Noch nicht. Aber eines hat Covid-19 geschafft: Es hat uns allen gezeigt, wo es in unserem System so gar nicht mehr stimmt.

In Vorarlberg beispielsweise wurde die Kommunikation zwischen Bildungsdirektion und Schulleitern kurzerhand in die Öffentlichkeit verlegt. Werbewirksam unterlegt mit dem Versprechen, mehr pädagogische Qualität anstelle von verzichtbarer Bürokratie zu leisten. Schreibarbeit könne man ja leicht den Gemeinden zuschieben. D´accord – aber hätte man nicht schon längst hinterfragen müssen, weshalb Schulen unter Papierbergen voller Früherkennungsprogrammen und Spätförderungsanträgen ertrinken? Ich weiß es nicht, ich frage ja nur.

Der Ärger über politische Ignoranz reicht in diesen Tagen bei einigen von uns über diese medial-kommunikative Meisterleistung hinaus. So kann das Programm zum Restart der Schulen nur von Männern erdacht worden sein, deren Sorge einzig und allein der streifenfreien Plexiglasscheibe für die tägliche Pressekonferenz gilt. Wo sollen wir berufstätigen Mütter oder/und Väter unsere Kinder an deren schulfreien Tagen unterbringen? Klar, man kann sie zur Betreuung in den Schulen anmelden – doch das ist ja nicht im Sinne der erdachten Lösung.

Diese Vorgangsweise ist mehr als wirklichkeitsfremd und familienfeindlich. Offenbar geht es leider schon lange nicht mehr um unsere Gesundheit oder die unserer Kinder.

„Es geht leider schon lange nicht mehr um unsere Gesundheit oder die unserer Kinder. Und schon gar nicht geht es um Bildung.“

Und es geht schon gar nicht um Bildung. Ob man sich diese Vorgehensweise in unserem unter stetig wachsendem Lehrermangel leidenden Ländle noch leisten kann, halte ich für fraglich. Aber man kann das ja seit Neuestem in den Vorarlberger Nachrichten diskutieren, das steigert die professionelle Außenwirkung unseres Schulsystems nachhaltig und eindrücklich. Wie schön, wenn man auf eine durch und durch respektvolle Schulkultur zählen kann.

Die drei Grundforderungen der Direktor*innen-Initiative

1. ENTLASTUNG DER DIREKTORINNEN DURCH:
Ausbau der Sekretariatsstunden. Sie wurden vor 6 Jahren eingeführt und nie angeglichen. Wir brauchen einen massiven Ausbau – vor allem im unteren und mittleren Bereich.
Administrative Entlastung auch für kleine Schulen, da diese vom Lehrermangel besonders betroffen sind (Dauerbelastung der Direktorinnen und Direktoren durch Supplierungen). Vorstellbar ist hier ein Stundenpool z.B. für Sokrates Eingaben / Datenverwaltung und Wartung.

In diesem Zusammenhang
Bundesweite Diskussion über die unbezahlten Supplierverpflichtung in der VS. Diese gehört abgeschafft bzw. an die Mittelschule angeglichen.

2. SCHAFFUNG EINER MOTIVIERENDEN ATMOSPHÄRE FÜR NEU ANSUCHENDE LEITER*INNEN:
Bezahltes Mentoring adäquat den Neulehrer*innen.
Überarbeitung der Ausbildung für neue Leiter*innen: Inhaltliche und zeitliche Abläufe müssen verbessert werden / Keine „Strafeinheiten“ bei Fehlstunden.

3. ZUSAMMENARBEIT MIT DER BD:
Bessere Koordination: Welche Infoschiene ist einzuhalten – von beiden Seiten?
Servicegedanke: Aufbereitung von Neuerungen / Gesetzen durch BD Zeitplan für Termine und Abgaben.
Direkte Ansprechpartner*innen namhaft machen / Zuständigkeiten klären (Organigramm).
Notfalldienst: Journaldienst mit Telefonnummern einrichten für Krisensituationen (Brände / Amoklauf / Todesfälle / ...).

ABSCHLIESSEND:
Über all dem steht der Lehrer*innenmangel. Wir ersuchen daher dringend um offensive Werbemaßnahmen und Anreize seitens der Politik und der Bildungsdirektion für den Beruf als Lehrer*in.
Es braucht auch Sonderverträge für Quereinsteiger-, Rückkehrer-, Berufsumsteiger*innen, um bei kurzfristigen Engpässen durch Krankheitsfälle oder Schwangerschaften Lösungen zu ermöglichen.

Für die Direktor*innen-Initiative
Dir. Bernd Dragosits

Wer keine Visionen hat, sollte zum Arzt gehen

Severin Holzknecht, Vorarlberger Historiker (severin.holzknecht@gmx.de)

Wir leben wahrlich in außergewöhnlichen Zeiten! Zu Beginn der Corona-Krise wurden wir alle Zeugen einer unglaublichen Welle an Solidarität mit und Sympathie für jene systemrelevanten Berufsgruppen, die unser Land nicht nur während der Krise am Laufen halten. Egal ob bei der Kassiererin im Supermarkt um die Ecke oder den in den Gesundheits- und Pflegeberufen Beschäftigten, die Sympathiebekundungen waren zahlreich. Ironischerweise handelt es sich bei diesen Berufsgruppen beinahe durch die Bank um Branchen, in denen sich in den letzten Jahren die Arbeitsbedingungen kontinuierlich verschlechtert haben, weshalb sich die berechtigte Frage stellt, was am Ende von den Sympathiebekundungen übrig bleiben wird.

Das neoliberale Mantra von „weniger Staat, mehr privat“ führte in den vergangenen Jahrzehnten sukzessive zur Schwächung des öffentlichen Sektors und zur Privatisierung bzw. Teilprivatisierung von Bereichen und Branchen, die besser nicht den „Regeln des Marktes“ unterworfen worden wären. Wie fatal vor allem in Ausnahmesituationen eine schwach ausgebaute öffentliche Grundversorgung ist, sehen wir in Großbritannien oder den Vereinigten Staaten. Der Hauptgrund dafür, dass Österreich diese Pandemie halbwegs glimpflich zu überstehen scheint, liegt dementsprechend weniger in den Maßnahmen der Bundesregierung begründet als vielmehr in unserem noch funktionierenden Gesundheits- und Sozialsystem. Österreich weist beispielsweise die höchste Akutbettendichte in ganz Europa auf, was seit Jahren nicht nur durch den Rechnungshof, sondern auch durch ÖVP, FPÖ und Neos wiederholt scharf kritisiert wurde. Und tatsächlich kam es in Österreich laut einer Studie der OECD in den vergangenen 30 Jahren zu einer starken Reduktion der Kapazitäten von 8,1 Akutbetten auf 1.000 Personen im Jahr 1990 auf 5,5 Betten 2017.

„Der Hauptgrund dafür, dass Österreich diese Pandemie halbwegs glimpflich zu überstehen scheint, liegt weniger in den Maßnahmen der Bundesregierung begründet.“

Noch 2015 forderte der Rechnungshof eine weitere Reduktion der Kapazitäten um weitere 40 %. Dass diesem totalen Kahlschlag vor allem von Seiten der SPÖ und der Gewerkschaften erfolgreich entgegengetreten wurde, hat dafür gesorgt, dass das österreichische Gesundheitssystem den aktuellen Herausforderungen gewachsen zu sein scheint. Zum Vergleich: In Italien, einem der am schwersten durch Covid 19 gezeichneten Länder Europas, wurde seit 1990 die Zahl der Akutbetten von 7 auf unter 3 pro 1.000 Personen reduziert. Und auch in Spanien sind weniger als 3 Akutbetten pro 1.000 Personen vorhanden. Eine Erkenntnis, die wir als Gesellschaft also aus der jetzigen Situation gewinnen sollten, ist, dass es Bereiche des öffentlichen Lebens gibt, die nicht primär nach Maßstäben des Profits oder der Kosteneffizienz bewertet werden dürfen. Kostet ein umfassendes Gesundheits- und Sozialsystem viel Geld? Ja, zweifellos. Ist es die Ausgaben im Ernstfall wert? Ja, ohne wenn und aber. Die Männer und Frauen in den Gesundheits- und Pflegeberufen brauchen daher mehr als nur Beifall und mediales Lob. Sie brauchen vor allem ordentliche Arbeitsbedingungen sowie eine angemessene Entlohnung.

Eine zentrale Frage, die wir als Gesellschaft beantworten werden müssen, ist die, wer für die finanziellen Folgen der Pandemie und der kommenden Wirtschaftskrise aufkommen wird. Dass die wirtschaftlichen Herausforderungen groß sein werden, steht außer Frage, da eine ohnehin kriselnde Weltwirtschaft nun endgültig in die Rezession schlittert. In Österreich wurde die Situation noch durch wirtschaftspolitisch fragwürdige und inkonsequente Maßnahmen der Bundesregierung verschärft, die zu allem Überdruss auch noch intransparent abgewickelt werden. Die Zahl der Arbeitslosen in Österreich ist mit rund 600.000 so hoch wie nie zuvor in der Geschichte der Zweiten Republik. Dazu kommen noch rund 900.000 Menschen in Kurzarbeit und rund 500.000 selbständig Erwerbstätige, die mehrheitlich einer ungewissen Zukunft ent-

„Die Zahl der Arbeitslosen in Österreich ist mit rund 600.000 so hoch wie nie zuvor in der Geschichte der Zweiten Republik.“

gegen blicken. Bei insgesamt 4,35 Millionen Erwerbstätigen in Österreich im Jahr 2019 sieht also knapp die Hälfte mit Sorge in die Zukunft. Ein Weg, diese Sorgen zu lindern, die Krise als Chance zu begreifen und zu nützen, wäre die Verabschiedung eines umfassenden Konjunkturpakets, welches sich in erster Linie an klima- und gesellschaftspolitischen Maßstäben orientiert und die Interessen des „Big Business" hintanstellt.

„Die Wiedereinführung von Vermögens- und Erbschaftssteuern ist beispielsweise längst überfällig."

Die Wiedereinführung von Vermögens- und Erbschaftssteuern ist beispielsweise längst überfällig. Laut eines Artikels der Zeitschrift „Trend" aus dem Sommer 2019 besitzt das reichste Prozent in unserem Land rund 535 Milliarden Euro, rund 40 % des österreichischen Gesamtvermögens, während die ärmste Hälfte gerade einmal über 2,5 % des Gesamtvermögens verfügt. Dass dieser unglaubliche Reichtum nur zu einem vernachlässigbaren Teil durch Arbeit angehäuft wurde, steht ebenso außer Frage, wie die Erkenntnis, dass ein solches massives Ungleichgewicht für eine Gesellschaft auf Dauer weitreichende negative Folgen haben wird. Um die kommende Wirtschaftskrise und die notwendige Umgestaltung unserer Wirtschaft zu finanzieren, braucht es weitreichende Erbschafts- und Vermögenssteuern, bei gleichzeitig nachhaltiger Senkung der Steuern auf Arbeit. Leistung muss sich endlich wieder lohnen!

Die Umsetzung solcher Maßnahmen würde jedoch einen Abschied von den geltenden wirtschaftsliberalen Denkmustern voraussetzen, weshalb es wahrscheinlicher scheint, dass die schwarz-grüne Bundesregierung weiterhin den neoliberalen Holzweg beschreiten wird. Nicht zufällig forderte der neoliberale Thinktank Austrian Economics Center (AEC) um die FPÖ-nahe Leiterin des Friedrich A. von Hayek Instituts und Vizegouverneurin der Österreichischen Nationalbank, Barbara Kolm, Mitte April, dass die Kosten der Krise durch eine Anhebung der Konsumentensteuern bei gleichzeitiger Senkung der Unternehmenssteuern bestritten werden sollten. Die Kosten der Krise sollen also ähnlich wie nach der Wirtschaftskrise 2008/10 auf die arbeitende Masse abgewälzt werden, anstatt dass Vermögende ihren Teil an den zu stemmenden Ausgaben beisteuern. Dass es sich bei dieser Denkschrift des AEC nicht nur um eine exotische Einzelmeinung wirtschaftsliberaler Hardliner handelt, sondern um einen Standpunkt, der auch in traditionell unternehmerfreundlichen ÖVP-Kreisen geteilt wird, kann angenommen werden.

Die Rückkehr zum wirtschaftsliberalen Status Quo von vor der Krise ist für die Vertreter dieses Standpunkts das Minimalziel. Dass die dieser Tage vielbeschworene „Normalität" von vor der Krise eigentlich bereits ein Leben in einer Dauerkrise war, wird von vielen gerne verdrängt. Unsere Welt steht vor einem ökologischen Kollaps und wir können es uns nicht leisten, wie nach der Finanzkrise von 2008/10 nochmals ein Jahrzehnt in überholten Denkmustern zu verschwenden. Diese Krise bietet uns die Möglichkeit, einen wichtigen

„Diese Krise bietet uns die Möglichkeit, einen wichtigen Schritt weg von fossilen Brennstoffen und hin zu den erneuerbaren Energien zu gehen."

Schritt weg von fossilen Brennstoffen und hin zu den erneuerbaren Energien zu gehen. Sie bietet uns die Chance, die Weichen in Richtung einer gerechteren Welt zu stellen, in der auch künftige Generationen in Würde leben können. Ergeben wir uns also nicht in die „neue Normalität", sondern wagen die Veränderung.

Zweiklassen-Gesellschaft

Alexandra Loser, Lehrerin an der MS Bregenz-Schendlingen

Die Aussagen aus dem Bundesministerium habe ich langsam satt. Bald täglich werden wir mit „Neuigkeiten" und später mit deren Änderungen konfrontiert.
Letztes Beispiel war die Regelung für die Generation 60+. Die Regierung hatte einen Antrag der Opposition, wonach alle 60+Bürger*innen als „Risikopersonen" betrachtet worden wären, abgelehnt. Was macht aber unser lieber Herr Bildungsminister? Er gewährt den Bundeslehrer*innen eine Sonderregelung – NUR den Bundeslehrer*innen!
Als solche steht es ihnen frei zu unterrichten oder im Home-Office zu arbeiten. Bei den Landeslehrer*innen entschied die jeweilige Bildungsdirektion.
Und es kommt noch dicker: Für Krankenpfleger*innen, Elementarpädagog*innen, Polizist*innen oder Verkäufer*innen gilt diese Regelung nicht.

Es ist der nackte Wahnsinn! Es gibt keine einheitliche Regelung für die Berufsgruppe der Lehrer*innen, es gibt keine einheitliche Regelung für den gesamten öffentlichen Dienst und die Arbeitnehmer*innen in der Privatwirtschaft schauen sowieso durch die Finger.

Kurz gesagt, diese Regierung spaltet die Gesellschaft! Das wurde natürlich sofort von den Medien als Ungerechtigkeit gegenüber den anderen Arbeitnehmer*innen aufgegriffen. Perfekt: Wir Pflichtschullehrer*innen dürfen ohne unser Zutun wieder als Buhmänner und –frauen der Gesellschaft herhalten.
Aber vielleicht habe ich beim neuen Schlachtruf „Gemeinsam schaffen wir das!" etwas falsch verstanden.

Sozialdemokratische GewerkschafterInnen
1010 Wien, Teinfaltstraße 7
Tel: 01/534 54/240, www.goedfsg.at

FSG GÖD